



7 Kilo Bildung für  
1427,82 Euro plus Porto

# Wissenschaft für Jedermann

Berliner Universitäten finanzieren Forschung – Doch wenn sie die Ergebnisse in ihren Bibliotheken bereitstellen wollen, müssen sie die Publikationen von Fachverlagen zurückkaufen. Der Steuerzahler zahlt doppelt. Open Access könnte eine Lösung sein Text: Fabian Soethof

Martin Grötschel hat nichts gegen Wissenschaftsverlage. Warum sollte er auch, schließlich sind sie es, die ihn erst zu der Mathematik-Ikone gemacht haben, die er ist. Grötschel ist Professor an der Technischen Universität Berlin, Präsident des Konrad-Zuse-Zentrums, Vorsitzender der Einstein-Stiftung und Generalsekretär der Weltmathematiker-Vereinigung. Seine Forschungsergebnisse und Artikel veröffentlichten er und seine Kollegen jahrelang in renommierten Fachzeitschriften, die wiederum bei großen Fachverlagen erscheinen, Elsevier, Wiley und Springer, zum Beispiel. Damit soll nun aber Schluss sein. „Ich bin dagegen, dass Wissenschaftler sich noch

länger von Verlagen ausbeuten lassen“, sagt Grötschel.

Bis vor rund 15 Jahren gab es ein sinnvolles Geschäftsmodell für die Verleger wissenschaftlicher Fachzeitschriften. Forscher aller Richtungen schrieben Artikel, die Verlage druckten sie und machten sie so der Öffentlichkeit zugänglich. Schon damals lag die Qualitätskontrolle bei den Wissenschaftlern, die unentgeltlich an Peer-Review-Verfahren teilnahmen, und die Aufsätze und Ergebnisse der Kollegen beurteilten. Auch damals schon verkauften Verlage die Publikationen an die Universitäts-Bibliotheken, die ihrem Informationsauftrag und den Bestellungen der Lehrstühle nachkommen mussten. An

Beidem, der für Verlage nahezu kostenfreien Qualitätskontrolle und dem Verkauf, hat sich bis heute nichts geändert, auch das Nutzungsrecht für die Texte müssen Autoren dauerhaft abtreten. Neu ist aber, dass die Verlage Jahr für Jahr an der Preisschraube drehen – mehrere hundert Euro kann eine einzelne Zeitschrift kosten. Neu sind auch Digitalisierung und Internet, die die Publikationskosten eigentlich senken und die Forschungsergebnisse leichter zugänglich machen sollten.

Die Volkswagen-Bibliothek der TU muss von einem jährlichen Budget von rund 2,5 Millionen Euro, das rund zwei Prozent des TU-Etats entspricht, wegen undurchsich-

tiger Bündel-Abonnements immer größere Zeitschriftenpakete statt nur der tatsächlich für sie wichtigen Titel bestellen – und hat so plötzlich Medizinpublikationen im Regal, die in der TU kaum einer sucht. „Früher gab es Verlage mit Ethos“, sagt Bibliotheksdirektor Wolfgang Zick, „heute sind die großen alle in der Hand von Heuschrecken.“

Die Lösung könnte Open Access heißen. Grob übersetzt: Freier Zugang zu Informationen. 2003 wurde die Berliner Erklärung „über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“ veröffentlicht, bis heute von fast 400 Institutionen weltweit unterzeichnet. Darauf aufbauend formuliert die Bundestags-Enquete-Kommission „Internet und Gesellschaft“ ihre Empfehlungen, mit Open Access Wissen zu vermehren und Fortschritt voranzutreiben. „Fachzeitschriften sind heute ein kommerzielles, gewinnbringendes Produkt. Das war nicht immer so – und ganz sicher nicht so vorgesehen“, sagt Dr. Jeanette Hofmann, Direktorin des Alexander von Humboldt-Instituts für Internet und Gesellschaft (HIIG) und von den Grünen berufene Sachverständige in der Enquete-Kommission. „Mein Wunschscenario ist, dass mit öffentlichen Mitteln erstellte Publikationen frei zirkulieren können und die Zeitschriftenherausgabe nicht als kommerzielles Unternehmen organisiert wird.“

Open Access-Publikationen werden meist nicht gedruckt, sondern im Netz veröffentlicht. An Plattformen zur kostenfreien Verbreitung, vom eigenen Uni-Server über Wikis

bis hin zu neuartigen Verlagsangeboten, mangelt es nicht, auch nicht an nationalen und internationalen Vorbildmodellen oder Förderern wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der EU und der Unesco. Bis Hofmanns Wunsch Wirklichkeit wird, ist es trotzdem noch ein langer Weg. Nicht nur, weil auch Open Access zur Verwaltung der Informationen und der Qualitätskontrolle Geld braucht. Sondern wegen der Egos der Forscher. Sich einen Namen zu machen, ist für sie ebenso wichtig wie die eigentliche Arbeit, gerade Nachwuchskräfte legen deshalb Wert darauf, in etablierten Fachzeitschriften zu veröffentlichen. Einen Text auf einer Open-Access-Plattform herauszubringen, gibt derzeit noch nicht allzu viel Renommee.

Den hausgemachten Teufelskreis erkennt auch Martin Grötschel. Er selbst veröffentlicht dank seines Namens längst wo und wie er will, den öffentlichen Kampf im Namen seines Berufsstandes kann er sich also erlauben. Auf der Anfang des Jahres begründeten internationalen Webseite thecostofknowledge.com fordert er als einer von vielen, den Fachverlags-Marktführer Elsevier zu boykottieren, solange der sein Geschäftsmodell nicht grundlegend ändert. Unterstützer können öffentlich erklären, dass sie für Elsevier wahlweise nicht mehr publizie-

ren, nicht mehr als Redakteur arbeiten oder keine Gutachten mehr erstellen. Tausende Wissenschaftler machen schon mit. Die Verlage geraten unter Druck.

„Wir haben wohl nicht gut kommuniziert, welchen Zusatzwert wir leisten“, sagt Angelika Lex und fühlt sich und ihren Verlag missverstanden. Lex ist Vizepräsidentin bei Elsevier für die akademischen Beziehungen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und

Ost-Europa. Die Preissteigerungen seien ein branchenweites Phänomen und resultierten zum Beispiel aus weltweit gestiegenen Investitionen in die Wissenschaft und daraus folgender Vermehrung von Forschungsergebnissen, die begutachtet und publiziert werden müssten. Die Bündelabos seien nur ein Angebot von vielen.

Natürlich seien Fehler gemacht worden, aber auch eigene Open Access-Anstrengungen. Thecostofknowledge.com nehmen Lex und ihr Arbeitgeber sehr ernst. Sie suchen den intensiveren Austausch und glauben daran, dass alle Parteien das gleiche Grundbestreben haben, nämlich den einfachen Zugang zu Wissen. Argumente, die bei einem angeblichen jährlichen Gewinn von 36 Prozent auf den Umsatz, den Kritiker wie Grötschel bei Elsevier allein in Deutschland auf 40-60 Millionen Euro jährlich schätzen, kaum erhört werden dürften. □

## »Heute sind die großen Verlage alle in der Hand von Heuschrecken«

Bibliotheksdirektor Wolfgang Zick

## SCHNITTSTELLE

Neues aus Netz und Medien

Schon wieder ist die Serie von Porträts Berliner Internet-Startups ausgefallen. Wir fanden das Thema oben einfach zu wichtig, um nicht ausgiebig darüber zu berichten. Nächste Ausgabe geht es weiter, versprochen. Und für Startup-Interessierte gibt es Ersatz: Am 14.11. veranstaltet die TU einen **Startup-Day**, unter anderem mit einer Podiumsdiskussion zwischen erfolgreichen Gründern, von der sich Interessierte inspirieren lassen können. Über die Teilnehmer von Gidsy, EyeEm, 6Wunderkinder, Readmill und Amen haben wir auch schon in der zitty berichtet, zusätzlich sind auch noch die Macher von Soundcloud, Panoramawurfkamera und carzapp anwesend. Eine Gründungswerkstatt mit Workshops und

kostenloser Beratung gibt es auch noch und natürlich ohne Ende Möglichkeiten zum Networking. Anmeldung erforderlich. [zitty.de/startupday](http://zitty.de/startupday) ★ „Bis an die Grenze“ ist ein Zusammenschnitt von 50 Stunden privater **Super-8-Filme zum Mauerbau** und ein packendes Zeitdokument. Vorführtermine unter [www.bis-an-die-grenze.de](http://www.bis-an-die-grenze.de) ★ Und schon wieder eine neue Runde im Kampf **Gema gegen Clubkultur**: Wer für seine Party keine Gema-Gebühren zahlen will, muss derzeit der Verwertungsgesellschaft beweisen, dass kein einziges gebührenpflichtiges Lied gespielt wurde. Das verlangt die sogenannte Gema-Vermutung. Eine Onlinepetition fordert nun, dass die Gema selbst beweisen muss, dass von ihr vertretene

Künstler gespielt wurden. Die Petition wurde mit fast 63.000 Unterzeichnenden in einem Monat erfolgreich eingereicht. Jetzt muss der Bundestag darüber entscheiden. ★ Im Mai hatte die BVG die Sprayer Dokumentation „**Unlike U**“ verbieten lassen. Denn sie habe nicht ihre Zustimmung zu den Dreharbeiten erteilt. Nun hat das Kammergericht den Vertrieb doch erlaubt. Der BVG bleibt nur der Gang vor den Bundesgerichtshof, die Erfolgsaussichten sind wahrscheinlich jedoch eher gering. Die Macher des Films haben ihn zu Beginn der Streitigkeiten kostenlos ins Netz gestellt, wollen ihn aber nun wieder von ihrer Seite nehmen, um ihn doch noch als DVD verkaufen zu können. [www.unlike-u.com](http://www.unlike-u.com)

msb